

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Anwesende,

endlich wieder Handgiftentag! Eine wiederkehrende Tradition, die uns jährlich daran erinnert, zusammen zu halten und gemeinsam für Osnabrück zu handeln. Die Pandemie hat uns gezwungen, diese Tradition vorübergehend auszusetzen. Doch umso wichtiger ist es, sie in diesem Jahr wiederzubeleben. Einerseits sicherlich, um gerade im Jubiläumsjahr des Westfälischen Friedens, dieses Zeichen für Zusammenhalt und Miteinander wieder klar zu formulieren. Andererseits, weil der Frieden in Europa und in der Welt selten so fragil und gefährdet war und in der Ukraine leider eindeutig verletzt wurde. Deshalb sollte die Wertschätzung für ein demokratisch streitendes, aber trotzdem sachliches und faires Miteinander, niemals zur Selbstverständlichkeit werden.

Im Stadtrat ist mir zuletzt bei den interfraktionellen Haushaltsgesprächen aufgefallen, dass wir fraktionsübergreifend zum Wohle unserer Stadt an einem Strang ziehen können. Im fairen Miteinander ist es dort in meinen Augen gelungen, dass jede Fraktion Schwerpunkte setzen konnte, wir aber gleichzeitig aufeinander zugegangen sind – nicht nur bei den Ausgaben, sondern auch dabei, gemeinsam zu sparen und verantwortungsvoll mit Steuergeld umzugehen.

Diesen Geist der Zusammenarbeit sollten wir auch auf andere Bereiche übertragen. Das betrifft die politische Gestaltung und Entscheidung genauso wie die Unterstützung der Verwaltung. In Zeiten der Krise ist es Aufgabe der Politik, Verlässlichkeit zu geben, Handlungsfähigkeit zu schaffen und Ziele zu formulieren. Gerade die Formulierung langfristiger Ziele, unabhängig von aktuellen Mehrheiten, gibt Halt, Orientierung und schafft Vertrauen.

Der CDU-Fraktion sind deshalb für das neue Jahr folgende Ziele besonders wichtig:

1. Weil unsere mittelständische Wirtschaft gut aufgestellt ist und wir Gründergeist, Start-Ups und Innovation in Osnabrück Raum geben, lässt der kommunale Haushalt uns trotz aller Krisen kleinere Spielräume und erspart uns bisher drastische Sparmaßnahmen. Dank unseres Mittelstandssind die Gewerbesteuererinnahmen außergewöhnlich hoch. Es gibt viele Dinge, die wir uns in Osnabrück leisten möchten oder müssen, sei es Kultur, Jugendhilfe, Soziales oder ganz konkret demnächst viele neue Schulgebäude für eine gute, vielfältige Schullandschaft. Diese Bereiche werden jedoch aus Steuereinnahmen finanziert. Eine starke mittelständische Wirtschaft ist das Rückgrat dieser Entwicklung. Moderne Arbeitsplätze wie sie am Limberg gerade entstehen, generieren Steuereinnahmen, schaffen Raum für Unternehmertum und gewährleisten gute Erwerbsmöglichkeiten in Zukunftsbranchen. Das Lokviertel kombiniert modernes, umweltgerechtes Wohnen

mit einem Innovationsquell im ehemaligen Ringlokschuppen. Unsere Start-Up Szene im Wissenschaftspark wächst und gedeiht. Der CDU-Fraktion war es in der Haushaltsaussprache ausgesprochen wichtig zu betonen, dass wir gemeinsam den innovativen, umweltgerechten Mittelstand stärken wollen. Deshalb fand ich unlängst den Bericht in der NOZ dazu sehr interessant, der uns einerseits bestätigt, dass Osnabrück in Niedersachsen Start-Up Hauptstadt ist, aber auch, wo noch Optimierungsbedarf besteht. Ich zitiere: „Auch wenn Osnabrück Oberzentrum ist, letztlich ist die Region ländlich geprägt. Dennoch tut sich viel im Start-up-Ökosystem und in Sachen künstlicher Intelligenz. Kann Osnabrück zum bundesweiten KI-Standort werden?“, fragt die NOZ. Aus meiner Sicht ist diese Frage mit einem klaren „Ja“ zu beantworten. Der Markenprozess für unsere Stadt läuft außerdem gerade. Wir sollten darauf achten, die Marke Osnabrück auch als Innovativstandort zu platzieren, um kluge Köpfe zu gewinnen, Hochschulabsolventen in unserer Stadt zu halten und unseren Wirtschaftsstandort aus sich heraus zukunftsstark aufzustellen. Bei allen Sorgen und Krisen, mit denen wir umgehen müssen, ist hier der Zukunftspfad für Fachkräfte, Wirtschaft, Steuereinnahmen und hochwertige Arbeitsplätze.

2. Die zweite sehr aktuelle kommunale Herausforderung ist das Thema Verkehr. Hier sollten wir das Friedensjahr zum Anlass nehmen, alte Gräben ein wenig zuzuschütten und die Gemeinsamkeiten zu betonen. Wir sind uns alle einig, dass das Fahrrad ein umweltgerechtes Verkehrsmittel ist, das den PKW-Verkehr in Osnabrück reduzieren kann und mit zunehmender elektrischer Motorisierung auch verstärkt für längere Strecken genutzt wird. Wir brauchen schnell mehr Sicherheit und Komfort für Radfahrer. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns geschlossen hinter dem Kurs unserer Oberbürgermeisterin versammeln und verkehrliche Problempunkte entschärfen und optimieren. Katharina Pötter hat insbesondere am Wallring bereits verschiedentlich gezeigt, dass ihr Wahlkampfmotto „Einfach mal machen“ auch Realität werden kann. Lasst uns hier gemeinsam vorangehen. Aus Sicht der CDU-Fraktion erscheint zudem vor allem bei den Velorouten, den Routen abseits vom PKW-Verkehr, Einigkeit zu bestehen, diese zu stärken. Schaut man in den Radverkehrsplan, sind diese Maßnahmen vergleichsweise kostengünstig und dementsprechend schnell umsetzbar. Gern können wir auch bei größeren, baulich aufwendigen Maßnahmen über Lösungen sprechen und aus der Uneinigkeit einen gemeinsamen Weg entwickeln. Etwas mehr Verkehrsfrieden würde sich im Friedensjahr doch stark anbieten.

Ich hoffe, dass wir auch am Neumarkt fraktionsübergreifend eine verkehrlich friedliche Lösung erreichen. In 2023 sollten wir hier gemeinsam zu einer Richtung

kommen, um die Entwicklungen nicht zu behindern und den Investoren Sicherheit und Verlässlichkeit zu geben. Es tut sich viel in den kommenden Jahren zwischen Helmut-Kohl-Platz und Berliner Platz. Lassen Sie uns hier an einem Strang ziehen!

3. Das dritte Thema ist der enge Schulterschluss mit unserer Stadtverwaltung. Ich erwähnte gerade das Thema Verkehr. Dies steht beispielhaft dafür, dass wir zukünftig Maß und Mitte bei der Anzahl von Prüfaufträgen, Anfragen und Anträgen walten lassen sollten. Noch eine Fahrradstraße, noch eine Prüfung von neuen Verkehrsversuchen zur Fahrspurreduktion und immer wieder noch ein neues Stückwerk in der Verkehrspolitik sollten nicht die Zukunft bestimmen. Am Ende sind doch nur alle enttäuscht, wenn weniger umgesetzt werden kann und die Verwaltung sich einem Berg von Aufträgen gegenüber sieht. Das betrifft alle Bereiche und wir sollten uns als Politik ermahnen, uns nicht zu kleinteilig einzumischen, sondern Richtungen zu bestimmen und der Verwaltung Ruhe zur Umsetzung zu geben. Deshalb möchte ich an unseren Antrag aus der November-Ratssitzung erinnern. Sicherlich mögen die anderen Fraktionen Recht haben, dass wir diesen auch vorab gemeinsam hätten stellen können – geschenkt. An der Richtigkeit des Inhalts ändert dies nichts. Immerhin beginnt die interfraktionelle Arbeitsgruppe bereits im Januar ihre Arbeit und mistet aus, welche politischen Aufträge zusammengeführt, erledigt oder auch zurückgenommen werden können. So schaffen wir es, die Verwaltung wieder handlungsfähiger zu machen und uns gemeinsam Gestaltungsspielräume zu schaffen. Nur so kann es gelingen, klare Ziele zu verfolgen und uns auch als drittgrößte Stadt Niedersachsens gemeinsam mit unseren Freunden aus dem Landkreis für unsere Region stark zu artikulieren.

4. Das letzte Thema, was ich ansprechen möchte, ist das Thema „Zivilgesellschaft, Bürgerbeteiligung und Ehrenamt“. In Osnabrück ist das ehrenamtliche Engagement sehr hoch. Auch die große Bereitschaft zur Unterstützung von Flüchtlingen, zuletzt aus der Ukraine, war beeindruckend. Auch das hat dazu beigetragen, dass Osnabrück schnell bereits mehr Flüchtlinge aufnehmen konnte, als uns zugeteilt wurden. In meinen Augen zeigt sich jedoch auch ein Trend in der Gesellschaft, dem wir bereits auf kommunaler Ebene ausgesetzt sind. Der Respekt vor dem Staat, der Politik, öffentlichen Strukturen und unserer Gemeinschaft nimmt bei einigen ab. Unsere Blaulichtkräfte bei Polizei, Ordnungsamt und Feuerwehr bis hin zum Rettungsdienst werden bei Einsätzen teilweise aggressiv angegangen. Um es deutlich zu sagen: Angriffe und Ausschreitungen wie in der Silvesternacht sind absolut inakzeptabel. Das liegt nicht daran, dass Böllern erlaubt ist, sondern dass manche Menschen den Respekt vor dem Staat und dem Wert eines friedlichen Miteinanders verloren haben. Auch als ehrenamtliche Politiker bekommen wir

mittlerweile zunehmend Drohbriefe und verbal enthemmte Anwürfe. Gleichzeitig gibt es deutlich subtilere Tätigkeiten von kleinen lauten Gruppen, die vermeintlich für den Normalbürger oder für gemeinschaftliche Interessen sprechen, aber eigentlich eigene Interessen forcieren, haben stark zugenommen. Die hehren Ziele des Umwelt- und Naturschutzes werden gelegentlich instrumentalisiert, um neue Entwicklungen in der Nachbarschaft, die einem privat nicht passen, zu verhindern. Dem müssen wir uns als Politik entgegenstellen, uns immer wieder ermahnen, nicht auf jeden öffentlichen Zuruf zu reagieren. Diejenigen, die für die Gemeinschaft handeln, brauchen unsere volle Rückendeckung, diejenigen, die nur für sich handeln, sollten keine Beachtung und Unterstützung erfahren. Das ist das vierte Ziel, das ich hiermit formuliere.

Es gilt für alle vier Bereiche: Eine langfristige Zielsetzung im Miteinander zum Wohle unserer Heimatstadt Osnabrück ist die Richtschnur für dieses Jahr und für die kommenden Jahre. In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen guten Start in das neue Jahr 2023 und reiche Ihnen im Namen unserer Fraktion die Hand für ein weiterhin vertrauensvolles Miteinander!